

Blattentempel

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Blattentempel“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Druckerei-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Herausgeber: Otto Kilian. Anzeigenpreis: 9 Geldspalten à 3 Millimeter Höhe à Spalte; 36 Geldspalten à 1 Millimeter im Textteil. Anzeigenpreise zu richten nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 2231. Telegramm-Adress: Blattentempel Halle. Kontoführer: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Verlagsnummer: Verlags 100848 Fritz Straß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Dienstag, den 21. April 1925

5. Jahrgang * Nr. 78

Marg gleich Hindenburg

Paris wägt Hindenburg und Marg

(U. Paris, 20. April.)

Der Einstellung des Feldmarschalls über die Richtung der Reichsverfassung und der Notwendigkeit der friedlichen Entwicklung gegenüber verhalten sich die Blätter ziemlich sarkastisch. Stärkeres Interesse als die Rede findet das Interview des Direktors des Reuters-Bureaus mit Hindenburg. (Das wir gestern druckten. S. 10.) Ein Teil der Presse macht den Versuch, den glücklichen Einmarsch, den die Kandidatur Hindenburgs macht, zu verwischen. Im allgemeinen kommt die Presse bei der Gegenüberstellung von Marg und Hindenburg zu der Auffassung, daß zwischen beiden kein wesentlicher Unterschied besteht. Aus den Kommentaren der Blätter sind folgende zu entnehmen.

„Paris Soire“ schreibt: Die Anrede Hindenburgs bildet eine große Hebertätigkeit, man war auf Drängen und monardistische Großsprecherie geübt. Es steht jedoch fest, daß der Marschall die Richtung vor den bestehenden Gesetzen bewahren will.

„Journal de Debate“ richtet scharfe Angriffe gegen Marg, der nichts getan habe, um sich von den Kandidaten der Reichsparteien zu unterscheiden. Marg mache den Eindruck eines „Ueberbismarck“.

Das Zentrum denkt nicht daran, den Thron von Braun zu sichern

(Eig. Draht.) Düsseldorf, 21. April.

Am Sonntag fanden in Düsseldorf zwei Wahlversammlungen statt, eine von der SPD, und eine vom Zentrum. In der sozialdemokratischen Versammlung erklärte Voche: Die SPD habe mit dem Zentrum ein Uebereinkommen getroffen, wonach Marg mit Unterstützung der SPD, der Posten eines Reichspräsidenten erhält und dafür Braun mit Unterstützung des Zentrums den Posten eines preussischen Ministerpräsidenten. Zu gleicher Zeit erklärten in der Zentrumsversammlung die Referenten, Abgeordneter Dr. Schwegler (Köln) und Landrat W. v. M. (Düsseldorf), daß sie in der Wahl zwischen SPD und Zentrum geteilt seien. Sie seien erlogen. Das Eintreten der SPD für Marg sei lediglich eine national-vaterländische Tat der SPD.

Ministerpräsident Braun läßt sich im Tefsin wohl sein

Er orakelt über die Wahl

(U. Zürich, 21. April.)

Der in der Nähe von Berna zu nur weitende preussische Ministerpräsident Braun erklärte gegenüber dem Vertreter des Tessiner Blattes „Popolo Libero“ u. a., daß eine Prognose für die Reichspräsidentenwahl äußerst schwer sei. Ohne Aufstellung der Kandidaten Hindenburg wären die Monarchisten sicherlich geslagen worden.

Diese drei Meinungen zeigen den Arbeitern deutlich und klar, wie die politische Situation in Deutschland sieht. Wir drücken gestern die Unterredung bzw. einen Teil der Unterredung, die Hindenburg mit dem Vertreter der Center-Telegraphenagentur (seiner beauftragten Telegraphenagentur Westeuropas) gehabt hat. Die heutigen Meinungen bringen erneut eine Unterredung Hindenburgs mit dem Vertreter der Center-Presse, dem größten Zeitungstijerstern Amerikas. Hindenburgs Erklärungen sind ähnlich formuliert wie gestern. Darum erbringt es sich, diese Erklärungen, die politisch höchst wichtig sind, noch einmal zu bringen. Die ausländische Presse ist zum Teil höchst erkrankt, über die Neuerungen Hindenburgs. Aber die meisten ausländischen Blätter beginnen diese Erklärungen Hindenburgs zu verstehen, die nicht so erstaunlich sind, wenn man bedenkt, daß die Deutschnationalen vor Jahresfrist auch ihr „Gonnoja“ gepostet haben, indem sie den Dames-Pakt annehmen und nur durch den Eiderseisepakt vollkommen den Verkaufvertrag als getrenntes Recht anerkennen. Wenn das die Deutschnationalen getan haben, warum soll das Hindenburg, der Mitglied der Deutschnationalen Partei ist, nicht auch tun? Die ausländischen Pressestimmen aus Frankreich sind vollkommen richtig informiert, wenn sie sagen, daß das Programm Hindenburgs und Marg's vollkommen gleich sei. Daß Marg vom „Journal de Debate“ als Ueber-Bismarck bezeichnet wird, ist auf seine Rede im Berliner Sportpalast zurückzuführen, die belächelt nicht ein Kompliment vor Ebert, sondern ein Kompliment vor Bismarck war, der die Demokratie in Deutschland geschaffen habe. Inwieweit Herr Marg ein Ueber-Bismarck.

Aber er ist nicht nur ein Ueber-Bismarck, sondern auch ein Ueber-Jezait. Das wird durch die zweite Meldung gekennzeichnet, in der sich die Aussagen des Sozialdemokraten Voche und der Zentrumsabgeordneten bei Wahlversammlungen in Düsseldorf aus schroffe gegenüberstellen. Die Sozialdemokraten besaßen, sie hätten ersten Aufschub abgeschlossen, der ihnen dafür, daß sie dem Zentrum

ihre Stimmen geben, die Ministerpräsidentenschaft für Braun in Preußen garantieren. Zur selben Zeit, wo Voche dies feierlich verkündet, erklärte Zentrumsvorstand, daß das Zentrum gar nicht daran gedacht hätte, ein derartiges Wahlbündnis zu schließen. Alle diesbezüglichen Mitteilungen seien frei erfunden. Das Eintreten für Marg sei lediglich eine national-vaterländische Tat der SPD. Wir sind seit davon überzeugt, daß das Zentrum die Sozialdemokraten nach der Reichspräsidentenwahl auf die himmlische Seligkeit verfallen wird, und daß die irische Seligkeit eines Ministerpräsidentenspostens von Braun in Preußen nichts für die Sozialdemokratie sei. Die zeitliche Aufhebung des Zentrums würde es nicht, daß der Knecht werde, sondern der Knecht müsse Knecht bleiben, und es wäre notwendig für die Sozialdemokratie, sich behelben zu lernen und auf die ewige Seligkeit im Himmel zu hoffen. Die sozialdemokratischen Marg-Wähler werden noch ihr blaues Wunder erleben.

Inzwischen weist Otto Braun an den schönen Gedanken irgendeines oberitalienischen Sees (wahrscheinlich weil er sich im ersten Wahlgang, an dem er in seiner Verammlung gesprochen hatte, so sehr überantraugt hat). Er gibt einer italienischen Zeitung eine Prognose für den 26. April, die belagt, daß die Ansichten der Reichslosparteien durch die Kandidatur Hindenburgs getrieben seien, und daß der Wahlgang deshalb sehr fraglich sei. Wist nach des großen Osters, das die sozialdemokratischen Wähler bringen sollen, indem sie Marg wählen, ist dazu noch der Ausgang fraglich. Gesteht die sozialdemokratischen Wähler dieses Spiel der bürgerlichen Kandidaten, bei dem sie nur Stimmvieh sind, nicht an? Fühlen sie nicht, daß ihr proletarisches Gewissen ihnen zurist? Keine Stimme für den bürgerlichen Kandidaten Marg, der nichts anderes ist als Hindenburg? Die Arbeiterchaft muß alle Kraft zusammenreifen, um sich in der roten Klassenkampf zu organisieren, jener roten Klassenfront, der es allein möglich sein wird, den Monarchismus endgültig niederzuschlagen. Keine Stimme für Marg, alle Stimmen für Thälmann. Das ist politische Realpolitik.



Hindenburg-Ersatz: Marx

Brächtige Wahlbenedemonstrationen für Thälmann im Ruhrgebiet

(Eig. Draht.) Gelsenkirchen, 21. April.

Während die Sozialdemokraten und das Zentrum trotz riesiger Propaganda nur 500 Mann zur Wahlbenedemonstration zusammenbrachten, wurde die Kundgebung der KPD die größte, welche in Gelsenkirchen je im Wahlkampf zu verzeichnen war. Es waren so viel Arbeiter erschienen, daß eine Parallelschleppung abgehalten werden mußte. Beide Sätze tonnen die Arbeiter kaum folgen. Hier mußten unter. In beiden Versammlungen sprach außer dem Genossen Thälmann ein englischer Bergarbeiter.

(Eig. Draht.) Bochum, 21. April.

Thälmann-Versammlung. Eine viertausendköpfige Menge empfing Thälmann am Bahnhof. Roter Frontlämpfer-Bund, Jungturm und Frauen mit roten Kopfhüchern bildeten Spalier. Ebenso in Stolpenberg-Buer.

Die Kämpfe in Bulgarien

Selgrad, 20. April.

Der Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen geht mit voller Erbitterung weiter. Die Kriegserfolge arbeiten Tag und Nacht. Es werden Massenirrtungen vorgenommen. Unter den Taten soll sich auch der Leiter des bürgerlichen Exerzes gegen die Arbeiter und Bauern, der Innenminister Ruffell befinden.

(Weitere Meldungen auf der zweiten Seite.)

Ein erstes Wort an alle Wahlmüden und sonstigen „Revolutionäre“, das jeder Arbeiter lesen muß

Salle, 21. April.

Es steht fest, daß sich im ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hunderttausende von Arbeitern, die sich belächelt hätten würden, wollte man sie als indifferent betrachten, der Stimme enthalten haben. Es ist an Hand eingehender Untersuchungen der letzten Wahlstatistik ersichtlich, daß getabte Angehörige jener Arbeiterkategorien nicht zur Wahlurne gegangen sind, die vorgaben, bereit zu sein, das Letzte zu wagen an das Gelingen einer proletarischen Revolution.

Auch über die Ursache des Stimmeneinkaltens gibt es keine Unklarheit. Thälmann war nur ein „Zählmann“. Das heißt: Viele revolutionäre Arbeiter haben in fatalerpropheter Verurteilung der Sachlage die Bedeutung einer Wahlbenedemonstration unterschätzt. Bei den Parlamentswahlen, so lagten sich diese Proleten, da kommt wenigstens noch das Resultat in einer ganz bestimmten Anzahl von Abgeordneten zum Ausdruck, aber bei den Präsidentschaftswahlen ergibt sich nach Sachlage der Dinge nur eine kommunalistische Stimmengählung.

„Nur als eine Zahl, eine Nummer zu gelten, das empört uns in unserer revolutionären Ueberzeugung. Ja, wenn es so weit ist, daß es wirklich zu kämpfen gilt, dann sind wir da —“

Nur eine oberflächliche Betrachtung der Verhältnisse kann zu solchen Tragiklüssen führen. Zunächst: Sind nicht auch Parlamentswahlen nur Kuchengemmel und Demonstrationen. Durch die Tatsache kommunalistischer Parlamentssitze an sich palliert dem kapitalistischen System noch lange nichts. Auch Parlamentswahlen sind in erster Linie nur ein Scheinmaß für die Heile des Proletariats. Sie zeigen an, wie groß die Zahl derer ist, die trotz der Irreführung breiter proletarischer Schichten durch die bürgerliche Presse die von der Schwerindustrie bezahlte Propaganda, die Ausnutzung kapitalistischer Staatsorgane für proletarierfeindliche Zwecke usw. schon bereit sind, um die Eroberung der politischen Macht unter der Führung der Kommunisten zu kämpfen. Das bedeutet, daß das wesentliche der Parlamentswahlen für das Proletariat darin besteht, daß durch die kommunistische Stimmabgabe jene rote Front des Klassenkampfes sichtbar wird, die durch anpropagandistische Massenaktion den Kapitalismus direkt anzugreifen und zu schlagen gewillt ist.

Ist es bei den Reichspräsidentenwahlen wesentlich anders? Bedeutet sie nicht ebenfalls eine Demonstration, d. h. eine Veranschaulichung der entscheidenden roten Tat, in demselben Sinne? Gewiss! So wie wir Kommunisten bei Parlamentswahlen die Wählermassen nie im Unklaren gelassen haben, daß die Tatsache der Wahl an sich noch nichts bedeutet, der dahinter liegende Kämpferwille aber alles, genau so haben wir bei den Präsidentschaftswahlen nicht einen Augenblick verschwiegen, daß selbst bei einer Wahl des Arbeiters Thälmann die Herrschaft der Kapitalistenklasse fortbestehen müßte, wenn nicht die Massen der Thälmann-Wähler selbst diese in unmittelbarem Wahlkampf stützen würde. Wir haben schon vor dem ersten Wahlgang aufgezeigt, daß die Bourgeoisie selbst die Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte eines Reichspräsidenten Thälmann nicht dulden könnte und von ihrem Klassenstandpunkt aus auch auf keinen Fall dulden würden. Schon eine verfassungsmäßige Ernennung der monarchistischen Elemente der Reichswehr und Bildung dieser durch organisierte Arbeiter, beispielsweise durch einen Reichspräsidenten Thälmann, würde von der Bourgeoisie zur Entfesselung des Bürgerkrieges benutzt werden, und die proletarischen Thälmann-Wähler müßten durch die Waffe in der Hand beweisen, daß sie hinter dem stehen, wofür sie nur durch einen einfachen Stimmzettel friedlich demonstriert haben.

Schon diese Erwägungen grundsätzlicher Natur beweisen, daß diejenigen Arbeiter, die im ersten Wahlgang der Stimme enthalten haben und daselbe womöglich im zweiten Wahlgang zu tun beabsichtigen, alles andere als besonders „prinzipiell“ oder „besonders rot“ sind. „Revolutionäre“ Arbeiter dieser Sorte sind bereits von Lenin in seinem Buch „Der Kapitalismus, die Kinderarbeit des Kommunismus“ sehr richtig geklärt worden. Solche „revolutionäre“ Arbeiter gehören zu jener Kategorie von Vorkapitalismus, die uns betrunnen, daß sie schon da sein würden, „wenn es losgeht“, die also — um es geradeheraus und drastisch zu sagen — unerschrocken genug sind, den anderen zuzumuten, sie möchten ihnen die unangenehme Kleinarbeit und Vorbereitungsarbeit zur Revolution abnehmen, sie selbst, die „grundlegenden Revolutionäre“, sie würden sich ihnen in das gemachte Bett der Revolution zu legen wissen.

Es muß in Zusammenhang mit dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl also mit aller Deutlichkeit gesagt werden:

Wer nicht mit demselben Ernst, mit dem er zum Endkampf eint auf die Barrikaden zu liegen gewillt ist, die Stimme für den einzigen Arbeiterkandidaten Thälmann abgibt, der ist nie und nimmer ein Revolutionär, geschweige denn ein Kommunist.

Sieht man vom Grundsätzlicher: ab — ist denn diese Höhe

Marg, der Steuerräuber

Ueber zwei Milliarden Mark Steuerüberschuß für 1924 festgestellt

Von Wilhelm Roenen, Berlin

Mägen die Nordgeneräle weiter zum Bürgerkrieg rufen.
Mägen die Scharfmacher weiter Riemen aus der Haut der Arbeiter schneiden.
Mägen die Barmat-Sozialisten weiter die Arbeiterinteressen für Ministerposten verschachern.
Mägen die Pfaffen weiter die Arbeiter-Jugend verdammen.

So urteilt jeder der am 26. April nicht für Thälmann stimmt!

Rebel über das Zentrum

In Rebels Vermächtnis: „Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstag“ legt sich Rebel, nicht mit der katholischen Kirche und dem Zentrum auseinander. Rebel war der gelovene Feind der Pfaffen. Auf Seite 46 schreibt er:

„Die Religion ist seit uralten Zeiten und bei allen Völkern das hauptsächlichste Ansehens- und Ansehensmittel gewesen. Einerseits, ob die Priesterherrschaft selbst die Staatsgewalt in Händen hatte oder der Staat dem Dienste, leistet sie für den Wächter und die Barbare eingeweiht. Die Staatsminister aller Zeiten haben in der Religion und ihren Dienern das notwendigste Mittel erblickt, das Volk in Abhängigkeit und Unterwürfigkeit zu erhalten.“

Die Sozialdemokratie von 1924 schließt mit den Dienern der Staatsgewalt, die für den Rücktritt und die Barbare eintreten, ein Bündnis. Diese Profanation des kranken, demütigen Proletariats muß am 26. April beantwortet werden, indem jeder

Thälmann wählt.

Rautsky und das Zentrum

Rautsky, der „große“ Theoretiker der Sozialdemokratie, schreibt in seiner Broschüre: „Die Sozialdemokratie und katholische Kirche“ folgendes:

„Der Kampf gegen das Zentrum ist die wichtigste unserer nächsten politischen Aufgaben. Dieses verjagt die Kirche gegen uns mobil zu machen, deren Einfluß auf die Massen für sich auszunutzen und nicht bloß in Frankreich und Deutschland, sondern auch in Belgien, Holland, Desterreich, Spanien etc. Die Kirche dem kämpfenden Proletariat feindselig entgegen. Dieser Reiz ist kein nur der Sozialismus erfolgreich entgegenzusetzen. Er bringt in seinem Endziel den Gedrückten und Ausgebeuteten dann wieder ein großes Übel, das sie erhebt und begeistert, um so mehr, da es der Erkenntnis der Wirklichkeit entspricht, nicht der Verweigerung an ihr, da es auf die Notwendigkeit des Stages des Proletariats begründet ist und nicht auf die Notwendigkeit der Entlassung, da es die laienfräule Erhebung des Diesseits predigt und nicht das überirdische Sargen auf das Jenseits. Ein solches Ziel ist allein instand, die kirchliche Herrschaft über weite Schichten des Proletariats zu brechen.“

So schreibt der Rautsky von 1902. Die ehemals fischenfeindliche Sozialdemokratie im Schoße der Kirche! Der 26. April 1924 gibt Gelegenheit, gegen diesen Verrat zu protestieren, indem jeder krankenbedürftige Arbeiter

Thälmann wählt!

Der Teufel war noch besser als ein Sozialdemokrat

Die Sozialdemokraten, die alle Grundzüge des proletarischen Klassenkampfes zum alten Eisen geworfen haben, wurden mit Pauken und Trompeten für den Zentrumsmann Marx als Präsidialkandidaten Propaganda. Es ist interessant, zu erfahren, wie das Zentrum zu der Sozialdemokratie steht. Vom 19. bis 22. Dezember 1913 fand in Köln ein Belegungsprospekt (Gesamt unter dem Namen der „Gesellschaft für die christlichen Gewerkschaften“ Giesberts und Stogewald) der christlichen Gewerkschaften gegen den sozialdemokratischen Redakteur der „Reinischen Zeitung“, Gollmann, und acht andere Redakteure sozialdemokratischer und freigeistlicher Blätter vor dem Schöffengericht statt. Die Angeklagten wurden damals mit Geldstrafen von 50 bis 500 Mark bestraft. Die katholische Kirche hat bei der Reichstagswahl 1919 in Duisburg und Bochum unter Androhung jedes kirchlichen Zwanges verboten, sozialdemokratisch zu wählen. Darüber bespricht, erklärt Töubold, der jetzige Reichstagsabgeordnete, folgendes:

„Für uns wäre jeder andere besser gewesen als der Sozialdemokrat. Ich habe damals sogar gesagt, wenn wir in Bochum den Teufel wählen müßten, so ist das immer noch besser wie Sie.“

Sie war der sozialdemokratische Kandidat. Das Zentrum wählt lieber den Teufel als den Sozialdemokraten, die Sozialdemokraten aber wählen den Zentrumsmann Marx.

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Wählt Thälmann!

Meß-Mend

Roman von Jim Dallas

72

Die Neben begannen. Barfuß trat Wassilow hüftend den Inhalt einer jeden mit. Aber weder die Neben, noch der Arm, die Mähle, die Spitze und die allgemeine Begierde verminderten diesen aus seiner Apathie herauszureißen. Seine kumpfen Blide haben in die von Barfuß gegebene Richtung, er antwortete einigbig und fragte nach nichts. „Und nun mit am Sonntag, der gemeinen Vernehmung. Der Vertrag ist unterzeichnet. ... Seine Bewusstseinsfunktionen Americas, die für den Handel mit uns eingetretten sind, haben ihre Vertreter geschickt. ...“

„In derselben Sekunde durchdrachte ein elektrischer Strom Wassilows Körper. Er griff in die Tasche, wo das Ruwert lag, sprang auf und schritt mechanisch zur Tribüne. Katja hüfte ihm nach, aber Barfuß lie zurückhaltend das Verbot. Wassilow hatte die Uhr aus der purpurne Decke. Der ganze Saal brach in einen lebenden Beifall aus, alle sprangen von ihren Plätzen, bemüht, einen Blick auf das Gesicht zu werfen. Die große, über der Tribüne hängende Uhr zeigte zehn vor zwölf.“

„Ich komme zu Ihnen im Namen jenes Teils von Amerika ...“

„Er hatte ...“

„Am Namen jenes Teils von Amerika“ sagte Wassilow zum dritten Male mit unruhiger Stimme. Ueber die Gesichter aller Anwesenden lag ein Ausdruck des Staunens. Wassilow hatte mit Kopf und Schultern, hatte das Barfuß transmittiert in die Tiefe, hüfte geradewegs auf die Uhr und sagte langsam nach dem Aufzug.

„Am Ende trat die Dreiecksfläche ein. Wassilow fand den Aufzug, drehte ihm ein, zwei, dreimal um — ein trodenes Raaden — als wenn keine Berlen ausgeschüttet würden, erlöste im Saal.“

„In derselben Sekunde“ weiteten sich Wassilows und seiner Frau Augen, — zum ersten Male leuchtete in ihnen ein Ausdruck des Bewußtseins an, — sie liehen einander an, dann die über der Tribüne stehenden, öffnete die Lippen, als wenn sie aufstehen wollten, zuckten mit den Händen, wie um zu warnen. Aber aus ihrem Munde drang

kein Ton, und ihre Brusteln waren mit Weie gefüllt. Inzwischen erkante aus der Uhr ein feines, pfeifendes Geräusch, das Gedäule stellte sich, ein runder, höherer Gegenstand flog auf den Tisch und eine klare, metallische Stimme, die offenbar nicht von einem Menschen herrührte, sagte laut, daß man es im ganzen Hause höre:

„Traue nicht den Reden und Tönen die Gaben spenden!“

Der ganze Saal brönte zur Tribüne, die von dem Zuschauerzraum durch das Orchester getrennt war. Viele sprangen hinab, auf die Stufen der Balkonen.

„Was soll das heißen? Ein Attentat! Rettet die Führer! Ruhe, keine Panik!“

Tausende von Stimmen erfüllten das Theater. Aber eine donnernde Stimme überdachte alle und ließe in einem Augenblick die Ruhe her: „Es ist nichts geschehen! Auf Eure Plätze Gehen!“

Der runde, höherer Gegenstand ging von Hand zu Hand. Alle jene, die auf der Tribüne saßen, wuschelten ein erkantenes Köpfchen. Der Sekretär erhob sich und zeigte den Gegenstand dem Saal.

„Geholten!“ sagte er jetzt, die Uhr hatte eine Sprengladung, deren Zusammenlegung auf der Metallfläche der Bombe eingraviert ist. Wenn sie explodiert wäre, dann wären nicht nur wir mit Ihnen, sondern auch der ganze umliegende Raum in Schutt gegegangen. Auf unsere öffentliche Stelle haben unbekannte Freunde den Mechanismus unerschöpflich gemacht und statt der Bombe die photographische Platte in Aktion gesetzt, die uns sehr lehrreiche Worte gesagt hat. Ich nehme an, Gesehnen, daß wir sie zur Kenntnis nehmen werden!“

Der Saal brönte von begeistertem Beifall.

Die Sitzung wurde indessen wieder unterbrochen. Durch den Haupteingang lief ein Mitglied zur Tribüne, — kein Gesicht war zu sehen. Die Aufregung über den Vorfall war so groß, daß kein Niemand aufhielt. Vor der Tribüne angelangt, hielt er einen Augenblick inne, um Atem zu schöpfen und dröhte dann mit einem tiefen Hauch: „Geholten, ich komme mit einer dringenden Meldung! Ich bitte um Wort!“

Man erteilte ihm das Wort, er legte zwei Finger an seine Mähle und berückelte:

„In Neben der wichtigsten Worte sind eben Bomben aufgefunden worden. Diese Bomben sind aber nicht explodiert, Gesehnen, — sie rollten, als es zwölf schlug, wie Kugeln aus ihren Ecken heraus und begannen, wie ein Orchester, die „Internationale“ zu spielen. Hier sind sie ...“

wein, Salz, Leuchtmittel usw. schwanden und sind ungefähr in der veranschlagten Höhe eingetroffen. Nämlich steht es mit den Belegungen, deren Ueberflüsse in Einzelfällen durch Defizite bei den Zweimilliardenüberschuß fast gar keinen Anteil. Es handelt sich um eine ganz unmittelbare, rohe, brutale Massenausplünderung. Wir merken noch die Gesamtsituation verdröhten, aus der das im Einzelnen festgelegt werden kann. Hier geben wir zunächst einige Merkmale der Steueranordnungen, die den arbeitserlösbildenden Charakter der Steuernotverordnungen des Präsidialkandidaten der SPD, des Herrn Dr. Marx, besonders traß in Erscheinung treten lassen.

Der Lohnabzug hat, wie die obige Gegenüberstellung zeigt, für sich allein schon fast die ganze veranschlagte Summe der Einkommensteuer aufgebracht. Trotzdem erklären die Nachfolger des Herrn Marx, die Luther und Schöberle, daß sie an dem ungeschwerlichen Lohnabzug nach der Marx'schen Methode festhalten wollen. Und die Sozialdemokratie ist sich darauf, daß sie 1919 diese Lohnsteuer geschont hat, die ihr Redner Braun damals als die gerechteste aller Steuerarten feierte. Nur mit kleinen Minderungsanträgen treibt die SPD von Zeit zu Zeit ihr Gattelpiel vor den Arbeitern.

Die Umsatzsteuer, die fast die Hälfte mehr als den Vorchlag erbrachte, war von Zentrum und SPD, zu Zeiten der Reichsregierung auf 2 Prozent erhöht worden. Trotz inzwischen eingetretener Milderung auf 1 1/2 Prozent erweitert sie sich als iname Massenausplünderung. Interessant ist, daß die Umsatzsteuer auf Luxus-Gegenstände einen Minderertrag brachte, nämlich statt 180 nun 119 Millionen. Die Reichen verheßen sich zu drücken, auch wenn sie Luxus treiben.

Schönlos ist es, wenn bei rund 200 Millionen überschüssiger Zolleinnahmen die SPD nach dem kleinen und ihr Marx mit der Volkspartei nach dem großen Zolltarif, als weiteren Zollerhöhungen, streift.

Der Tabak hat mehr als eine halbe Milliarde Steuererinnahmen gebracht. So wird der allerbedeutenste Genuß der Proleten (handlich und tüchtig ausgenutzt) und ausgenutzt.

Ueber trotz allem und allem, trotz des kumrenden Magens, trotz der durch Steuerbefreiungen verdröhten Betriebsbedingungen und Massenarbeitlosigkeit (sicheren „Reichsbanner“ und SPD: „Es lebe Marx!“)

Wir aber geben die Hoffnung nicht auf, daß die verwirrten Arbeitermassen, denen der von Marx durchgeführte Lohnabzug, der Abbau, die Pensionierungen und das Arbeitslohnverbot nicht die Augen geöffnet hatten, jetzt, angesichts der Zweimilliardenausplünderung, doch mit Schreden erkennen, zu wech ungeheurer politischer Schandtat sie mißbraucht werden sollen, wenn sie ausgereicht diesem Reichstagsler der Ermächtigungsgesetze ihre Stimme geben sollen.

Sie rufen ihnen zu: Noch ist es Zeit, wendet Euch ab von den Kämpfern! Kämpft in eurer Schulter an Schulter mit Euren kommunistischen Brüdern gegen Ausbeutung und Massenausplünderung. Werdet und agitiert für den Arbeiter-Kandidaten. Den SPD-Redakteur, dem großkapitalistischen Zentrumsmann Marx zum Trotz

Wählt Thälmann!

hauptständig ist der damalige Reichsfinanzler Dr. Wilhelm Marx, der jetzige Präsidialkandidat der schwarzrotgoldenen Koalition. Für ihn stellen jetzt dieselben Arbeitermassen stimmen, die er im letzten Jahre durch seine ungeheuerliche Steuerraubwirtschaft so tief ins Elend stürzte.

Des Charakteristisches an dem Zwei-Milliarden-Uberschuß ist, daß er sich fast ausschließlich aus den Ueberflüssen der Lohn-, Umsatz-, Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, also den Massenbelegungssteuern zusammensetzt.

Das Gesamtergebnis der Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925 ist, daß hat der im Haushaltsplan veranschlagte Gesamteinnahme von 5.243.747.035 Mk. sich tatsächlich jetzt eine Einnahme von 7.311.748.258 Mk. ergeben hat. Damit ist fast die Hälfte der veranschlagten Summe mehr als den Volkswaffen herausgeholt worden.

Im einzelnen sieht sich dieser ungeheuerliche Ueberflüss folgendermaßen zusammen:

	veranschlagt	eingekommen
Einkommensteuer: Lohnabzug	1.844.000.000	1.329.095.471
Einkommensteuer: Veranlagung		881.511.743
Umsatzsteuer	1.260.000.000	1.794.474.422
Verleihenförderungssteuer	110.000.000	157.819.388
Güterförderungssteuer	120.000.000	155.308.275
Bölle	100.000.000	356.389.062
Zahlfsteuer	300.000.000	518.107.438
Herzsteuer	125.000.000	195.664.590
Weinsteuer	45.000.000	98.918.705
Stijfgüre	1.400.000	2.148.380

Das sind die Wuchersteuern, die insgesamt den Riesenüberschuß erbracht haben. Die übrigen Verbrauchssteuern auf Zucker, Brannt-



Keine Stimme dem Ruhrgeleider-Marg

Und der Soldat nach mit leuchtendem Gesicht aus einem Ranzen eine nach der andern, sieben gleiche Bomben und legte sie auf den Tisch.

„Jeigt mir einmal diese Dinger!“ sagte eines der Mitglieder des Petrogrador Sowjets.

Er war ein bester Chemiker, und der ganze Saal verfolgte mit Interesse seine Bewegungen, als er das gefährliche Gefäß zeigte. Es vergingen einige Minuten. Der Chemiker zuckte mit den Achseln.

„Es ist mir unbegreiflich!“ stieß er aus, „es sind echte Bomben, die mit hartem Explosivstoff gefüllt sind. Aber der Mechanismus ist mir vollkommen unbekannt! Man muß einen Mechaniker rufen lassen.“

„Ich erkläre die Sitzung für geschlossen“, sagte der Sekretär, „die Sache wird bis in die letzten Einzelheiten unterucht werden. Ich bitte Euch, Gesehnen, Ruhe zu bewahren und von dem Vorgefallenen nicht zu sprechen, um keine Panik in der Stadt zu verdröhten. Vergessen Sie nicht, daß sich heute viele ausländische Gäste bei uns verammelt haben, und daß eine Panik den Sowjetirischen Rang, der von großer, internationaler Bedeutung ist, stören könnte.“

Die taubenblöde Menge flutete murrend und erregt auf die Straße.

„Haltet den Mund, verdröhtet keine Panik!“ hüfterte jeder seinen Nachbarn zu, dieser — seiner Frau und die Frau — einem guten Bekannten. Nach einer Weile war ganz Petrograd über das Vorgefallene unterrichtet.

„Halt Du schon gehört?“ hüfterte eine Händler dem andern zu, „wir haben doch diese Bomben im Auslande bestellt — sechsundert Stück davon Petrograd, — und die Dinger spielen und kreischen wie Grammophons und denken nicht daran, in die Luft zu gehen. Da steht man, was das Aussehen wert ist. Sie schimpfen auf unsere Waren und führen uns Ausschlag hierher!“

„Dah! Ihr gehört?“ sagte eine Führer der Kinderschule zu ihrer Nachbarin, „Das Aussehen ist weder keine Bomben zu einer einschmuggelt, und dann ein Massenandum, verdröht, als wenn wir im Auslande Agitation machten. Es ist unersch, daß wir sich jetzt die ausländischen Gesehnen aufführen und eigene Kräfte links liegen lassen!“

(Fortsetzung folgt.)

Warum wurde Haarman mit solcher Eile hingerichtet?

Zu der Hinrichtung Haarmanns wird uns aus Hannover noch geschrieben:

Bei der Hinrichtung des Rosenknecht und Kollerspiels Haarman waren 40 gläubige Personen anwesend. Als Haarman vor diesen noch sprechen wollte, wurde dies dem Oberstaatsanwalt verweigert. Haarman, der bekanntlich am Schluß der Verhandlung erklärte, er habe noch viel zu schreiben, würde aber noch sprechen, soll nach den amtlichen Mitteilungen keinerlei Angaben mehr gemacht haben. Die Veränderung am Abend vor der Hinrichtung bemerkt jedoch das Gegenstück. Außerdem werden die von Haarman in dem aus dem Gefängnis geschickten Brief an den Vater des mitverurteilten Grams gemachten Angaben als Fälschung bezeichnet. Haarman hatte in diesem Brief alle bestehenden Klagen gegen Gram und seinen Anwalt, nämlich die von Haarman am 10. April 1924 an den Untersuchungsrichter adressierten haben. Das hat auf Grund dieser Angaben vom Reichsanwalt die Gram beantragte Milderungsverfügung, worin Haarman vernommen werden sollte, jetzt noch hatfindet, ist fraglich. Nach der jetzt eintreffenden Hinrichtung Haarmanns, wodurch sein erneutes öffentliches Auftreten verhindert wurde, wird auch wenig dabei herauskommen.

Reichspostminister u. D. Hoeffe gekorben

II. Berlin, 20. April.

Heute nachmittag 4 Uhr starb im Hedwigstrassenhaus der ehemalige Reichspostminister Dr. Hoeffe, der gegen 11 Uhr demnächst eingeleitet worden war. Als Todesursache wurde sehrgilt. Mit Doppelseitige Lungenerkrankung und sehr große Herzschwäche.

Nie wieder Achtstundentag!

„Die Parole des Präsidentschaftskandidaten Marx.“

In späterer Zeit haben wir den Achtstundentag sehr feiligt... einen schematischen Achtstundentag werden wir nicht mehr einführen können. Wir verlangen von der Arbeiterklasse Ordnung, Fleiß und Arbeitskraft.“

(Marx in der Rede auf dem Zentrumsparlament 1924, zitiert nach der „Allgemeinen Volkszeitung“ vom 27. 10.)

Marx jagt hier mit brutaler Offenheit, was ihm Klüner, Thünen und die ganze schwerindustrielle Kampagne aufgetragen haben. Marx ist der erklärte heulende Vorkämpfer des Willens der Arbeiter. Die Sozialdemokratie, die mit dem Marx und mit verzerrten, sozialistischen Märchen die Achtstundentage Kampfeinführung und Beirathung des Achtstundentages kämpft, empfindet ihren 7,8 Millionen sozialdemokratischen Wählern, für diesen Marx zu stimmen!

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Klassengenossen! Vergesst es nicht! Denkt am 26. April:

Wer Marx wählt, begräbt den Achtstundentag!

Die Metallarbeiter sollen sich bedingungslos unterwerfen (Ein. Drohm.) Berlin, 21. April.

Die Unternehmer der Metallindustrie verlangen von den Streikenden bedingungslose Unterwerfung, andernfalls zu den bereits seit überzehn Tagen ausgeperrten 8000 Metallarbeitern weitere Ausschreitungen vorgenommen werden.

Gewerkschaftsmitglieder für Thälmann

Eine Vertrauensmännerkonferenz des Deutschen Verkehrsverbandes, Driscorverwaltung Stadthagen (Hannover), von Vertrauensleuten aus 15 Ortsgruppen der Umgebung Stadthagens und Minden beschloß, nahm folgende Resolution an:

„Die Vertrauensmännerkonferenz des Deutschen Verkehrsverbandes am 10. April stellt sich nach einer ausgiebigen Diskussion über die Präsidentschaftswahl hinter ihren Berufscollegen und einiglichen Vertreter der Arbeiterklasse, Ernst Thälmann.“

Sie verurteilt ausdrücklich die Faltung der SPD, welche versucht, die Arbeiterkraft an die kapitalistischen Klassen und den Kapitalverreiter Marx auszuliefern.

Alle Mitglieder des Deutschen Verkehrsverbandes, Reichs- und Staatsarbeiter, See- und Binnenwasserbau, Transport- und Verkehrsarbeiter, fordern wir hiermit auf, durch die Stimmenabgabe für den Kollegen Ernst Thälmann am 26. April zu bezeugen, daß sie gewillt sind, gegen die Ausbeuter und ihre Organe und für ausreichende Löhne, Achtstundentag und Befreiung der Steuerlasten zu kämpfen.“

Die Klassenbewußten Gewerkschaftler Deutschlands müssen dem Beispiel ihrer hannoverschen Kollegen folgen!

Verantwortlich: Max Wobemann, Eisenh. für den redaktionellen Teil für den Verlag und Angehörige: Fritz Knoch, Vertriebsleiter 14.

Postbezieher!

Die Entlohnung muß bis zum 25. d. M. für Mai erfolgen, da sich sonst der Preis für den Brief...

Genossenschaft! Unterstützt die Eigenproduktion!

R. M. Z.

Seitens des R. M. Z. wird die Arbeit der Genossenschaft...

Unterstützt Salz-Genossenschaft

Wittmoor 18. Donnerstag 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Wittmoor“ (Wittmoor und Althaus) Mittwochsabend „Das Einbringen der Genossen“

Wittmoor 19. Donnerstag 23. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 20. Freitag 24. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 21. Samstag 25. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 22. Sonntag 26. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 23. Montag 27. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 24. Dienstag 28. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 25. Mittwoch 29. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 26. Donnerstag 30. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 27. Freitag 1. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 28. Samstag 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 29. Sonntag 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 30. Montag 4. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 31. Dienstag 5. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Genossenschaft...

Unterstützt Holz-Genossenschaft

Wittmoor 18. Donnerstag 22. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Wittmoor“ (Wittmoor und Althaus) Mittwochsabend „Das Einbringen der Genossen“

Wittmoor 19. Donnerstag 23. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 20. Freitag 24. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 21. Samstag 25. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 22. Sonntag 26. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 23. Montag 27. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 24. Dienstag 28. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 25. Mittwoch 29. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 26. Donnerstag 30. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 27. Freitag 1. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 28. Samstag 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 29. Sonntag 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 30. Montag 4. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Wittmoor 31. Dienstag 5. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“ wichtige Arbeitsergebnisse der Genossen haben zu erzielen.

Fahrräder...
Nähmaschinen...
Städt. Theater...
Rigoletto...
Lohengrin...
Schloß...
Anzüge...
Leber...
Sommer...
Alle Bücher...
Lichtspiel-Theater...
Das Mädel von Ponte Cuccoli...
Buddy geht angeln!

Sobald Sie prüfen, wer in Halle das größte Lager, Gottmannsplatz, befindet...
Bruno Paris...
Lederpernatoffel f. Frauen 2,90...
Pilschpernatoffel f. Frauen 1,90...
Wohnungstausch...
Schreibwaren...
Schulbücher...
Schulstafeln usw.

Veranlagungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Alle Kameraden des RFB und Jungkoms, die sich am Propaganda-Marsch beteiligen, treten pünktlich am Dienstag, 4 1/2 Uhr nachmittags, in der „Produktiv-Genossenschaft“ an.

Wittmoor 18. Dienstag, 21. April, abends 8 Uhr, im Lokal Wittmoor, Triftstraße, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 19. Dienstag, 22. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 20. Dienstag, 23. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 21. Dienstag, 24. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 22. Dienstag, 25. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 23. Dienstag, 26. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 24. Dienstag, 27. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 25. Dienstag, 28. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 26. Dienstag, 29. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 27. Dienstag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 28. Dienstag, 1. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 29. Dienstag, 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 30. Dienstag, 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 31. Dienstag, 4. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Veranlagungen der Roten Hilfe

Dienstag, 20. April, abends 8 Uhr, im Bureau, Driftstraße.

Wittmoor 21. Freitag, 24. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 22. Samstag, 25. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 23. Sonntag, 26. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 24. Montag, 27. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 25. Dienstag, 28. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 26. Mittwoch, 29. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 27. Donnerstag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 28. Freitag, 1. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 29. Samstag, 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 30. Sonntag, 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Wittmoor 31. Montag, 4. Mai, abends 8 Uhr, im „Reisobler“, Wittmoor-Genossenschaft.

Bekanntmachung

Die Versteigerung der Häuser mit dem Grundbesitz von 28 1/2 bis 28 3/4 (Grundstücke in rotem Druck) wird am Dienstag, dem 5. Mai, um 9 Uhr vormittags an der Wohnung, an der Marienstraße 4, stattfinden. Begehrte werden Zeichnungen aller Art, sonstige Geld- und Silbergegenstände, erwerblicher, Leih- und Verleihscheine, Schulden, neue und getragene Kleiderstoffe, Zigarren und verschiedene andere Sachen.

Haile a. d. S., den 6. April 1925

Das Reichamt der Stadt Halle a. d. S.

in den nächsten Tagen die April-Mai-Nummer der „Arbeiter-Austrichten-Zeitung“ im „Klassenkampf“ beigelegt. Das Doppelheft hat 20 Seiten Umfang und ist diesmal ganz besonders mit guten Aufsätzen und Bildern ausgestattet.

Sorgt für neue Leser! Der „Klassenkampf“ mit seinen 13 Beilagen ist die größte und weitverbreitetste politische Tageszeitung in Mitteldeutschland und kostet monatlich einschließlich Trägerlohn frei Haus nur 2,30 Mark

Halle und Saalkreis

An alle Ortsgruppen des Saalkreises!

Alle Ortsgruppenvorsitzende, die bis zum Sonnabend, dem 25. April, die Bezirksfragebogen in zwei Exemplaren der Bezirksleitung nicht eingeleitet haben, werden am Montag im „Klassenkampf“ der Mitgliedschaft bekanntgegeben. Alle ausfallenden Ortsgruppenvorsitzenden müssen das Verzeichnis umgehend nachholen und der Bezirksleitung sofort die Bezirksfragebogen einleiten.

92. Halle-Merzb., Dr.-Leitung.

Verfolgung bis ans Grab

Bei der gestern in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes stattgefundenen Trauerfeier für den Genossen Max Käbel und Beerdigung derselben war die Kapelle des Gertraudenfriedhofes von einem Ueberfallkommando der halbschwarzen Sippe besetzt. Diese Vorformeln haben wir nicht nur in diesem Falle, sondern auch bei den Opfern der in Halle durch das vergiftete Familienbettmann in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes verübten Mordes, der in dem bekannten Küber-Prozess zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. In den Kassematen der Klassenjustiz holte er sich eine Lungentuberkulose, die nach der Entlassung zu seinem Tode führte. Getreu seinem Vertrieben, die Befreiung der Arbeiterklasse vorwärtszutreiben, ist er von uns begangen als erster Kämpfer in den Reihen des Proletariats. Die Empörung der Lebendigen und der Teilnehmer an dieser Trauerfeier war so groß, daß sich einzelne Kriegerpartei nicht enthalten konnten, Särge der Entrüstung über das Verbrechen des Ueberfallkommandos auszuführen. Nachdem zunächst versucht wurde, in Erfahrung zu bringen, wer das Ueberfallkommando alarmiert hat, wurde uns der Befehl, das Ueberfallkommando nicht an Daraufzufolge lehnte man sich mit dem Inspektor des Gertraudenfriedhofes in Verbindung, und

der Inspektor gab unwillkommen zu, daß er, in der Annahme, es könnten sich „Kompilationen“ bei der Trauerfeier herausstellen, die Schwere angeordnet habe.

Gesordert werden muß von der gesamten Arbeiterkraft, daß der Inspektor von seinem Posten zu entsetzen ist und außerdem von halbschwarzen Magistat zur Rechenschaft gezogen wird. Die Arbeiterkraft lehnt es ab, sich selbst bei Beerdigungen noch bis ans Grab verfolgen zu lassen. Gewalt werden muß nach, daß der Vorraum der Kapelle von circa acht Schupolen besetzt war.

Vom Schöffengericht

500 Mark Geldstrafe für den „Klassenkampf“

Im November und Dezember vorigen Jahres brachte der „Klassenkampf“ einige Beiträge aus dem Gebiet der in der Provinz Sachsen als arbeiterfeindliche Bezeichnungen der dortigen Landwirte schiltenden. So wurde zum Beispiel berichtet, daß der Oberlandjäger Müsch, Mitglied des Jungmanns des Singen verboten habe und hierbei auch die Worte gebraucht: „Ich schlage Sie in die Scham!“ Weiter, daß der Oberlandjäger Loga an aus Großhändler kommunalpolitische Angelegenheiten hat und bei einer anderen Gelegenheit des Nachts Wägen aufgelauert, sie mit der Zylinderkette beschleunigt und nach Weiden durchgehrt hat. Obwohl die Artikel keinerlei Beschimpfungen der Landwirte enthielten und lediglich das lobenswerte Verhalten der „Ordnungsbehörde“ beleuchteten, wurde dennoch die Genossin Gundermann als verantwortliche Schriftleiterin des „Klassenkampf“ wegen Beleidigung verurteilt.

In der gestrigen Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht mußten die als Zeugen erschienenen Landwirte im wesentlichen alles zugeben. Der Landwirt Müsch gibt an, er habe das Singen verboten, weil es ein kommunalpolitisches Lied gewesen sei und außerdem übermäßig laut geungen würde. Der andere Herr Landwirt hat allerdings Klafate von den Zeitungsberichten gerühmt. Nach seinen Angaben seien es aber nur Klafateplakate einer Dorettenvereinsleitung (!) gewesen. Weiter muß dieser Zeuge zugeben, daß er einmal in der Nacht Arbeiter angehalten und mit der Laternenlampe beleuchtet hat. Auch nach Wägen hat er die Arbeiter durchgehrt. Dieses lobenswerte Verhalten entschuldigt er damit, daß in jener Zeit sehr viel Viehstahl vorkam und man sich er habe die Wägen angehalten, doch es sich um Einbrecher gehandelt hätte. Er gibt auch weiter zu, zu einem dieser Arbeiter gesagt zu haben: „Sie wären wert, man haute Ihnen ein paar ranter!“ Trotz dieser Beweisaufnahme, die im Grunde mehr erdrückt, als der „Klassenkampf“ überhaupt behauptet hat, und trotz des Gesamturteils von dem Schöffengericht, falls das Gericht nicht zu einer Freisprechung kommen sollte, die Angelegenheit zu verurteilen und weitere Zeugen zu haben verurteilte das Gericht die Genossin Gundermann zu einer Geldstrafe von

hundert Mark.

Rindesaussaugung

Am 2. März wurde in Köddlich an einem Brettersohn des Lokals „Im Krug zum grünen Kranz“ ein einige Wochen altes Kind von einer Wolfesmilch mütterlos aufgefunden. Die Mutter wurde nachträglich ermittelt und hatte sich gestern vor dem Schöffengericht wegen Rindesaussaugung zu verantworten. Es ist ein 24 Jahre altes untergeordnetes Dienstmädchen. Sie gibt an, damals ohne Beschäftigung gewesen zu sein habe nicht gewußt, wo sie das Kind unterbringen sollte. In der höchsten Voraussicht, daß das Kind dort jemand finden werde, habe sie es an jenen Brettersohn gelegt. Der Polizeibeamte, der das Kind fand und es zunächst zum Waisenhof brachte, von wo es dann später einem Säuglingsheim zugeführt wurde, gibt an, er sei durch das Schreiben aufmerksam geworden. Das Kind ist gut geliebt und kaum krank gewesen. Die Angelegenheit ist reumütig und man kann es ihr anmerken, daß sie sich nur durch die Notlage zu diesem verwerflichen Schritt hat verleiten lassen. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von 6 Monaten Gefängnis. Will aber die Strafe für die Dauer von drei Jahren aussetzen, wenn die Angeklagte bis zum 30. März an die Gefängnisstrafe tritt.

Bemerkenswert ist ein Ausspruch des Staatsanwalts, der die Pflicht vertritt, daß die Angeklagte als Mutter in erster Linie die Pflicht habe, für ihr Kind aufzukommen. Wir möchten dem Herrn Staatsanwalt nur einmal zu bedenken anheim stellen: Wenn eine werdende Mutter im voraus sieht, daß es ihr nicht möglich ist, ein Kind zu ernähren und sie sich weigert, ein Kind in diese verantwortliche Welt zu führen, dann Herr Staatsanwalt, sind Sie es doch, der hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt. Wir sind der Meinung, daß dieser

Der Ordnungsbloed will die Kommunisten weiter entrecht

Das Kennzeichen der gestrigen Stadtorbundenversammlung war die Tatsache, daß die Demokraten mit ihrem vor Wahlen so beliebigen Ideal, der Demokratie, Schindluder treiben zu dem einen Zwecke: den Vertretern der Arbeiterkraft auch noch die letzten harten Rechte zu entziehen. Das ist nun freilich nichts neues, und was am wesentlichsten hierbei scheint: diese Art Demokratie ist die einzige, die es im kapitalistischen Klassenstaat gibt. Am sinnfälligsten kam das in der Rede des demokratischen Stadtrats Hoes zum Ausdruck, der seinen geliebten Innenminister fallen läßt, lobend der — was jago vorkommt — einmal nicht nach der Weise kapitalistischer Bürgerblodentretter tanzt. „Der Minister weiß eben nicht Bescheid“, behauptet Herr Hoes, obgleich der Minister immer Bescheid weiß, wenn es Verbot und Verbordnungen gegen die Arbeiterkraft zu erlassen gilt.

Der Antipode des Herrn Hoes, der ihm an demokratischer Körperlichkeit allerdings gleichkommende Herr Müller, will hinter seinem Fraktionskollegen nicht zurückbleiben. Das heißt, er ist gar nicht sein Fraktionskollege; denn nach der Meinung des Herrn Hoes gibt es im Gesellschaftsordnungsbereich der halbschwarzen Stadtorbunden keine Fraktionen, und eine demokratische Fraktion gibt es schon gar nicht, weil sie zusammen mit den Deutschnationalen die Fraktion Ordnungsbloed gebildet haben. Aber auch das ist keine Fraktion, weil sie „verhieben“ zusammengelegt ist. Nur nach der Meinung des Herrn Hoes ist es diesmal eine Fraktion; sonst hätte man nämlich den Kommunisten den Stadtorbundenverordneten Herr Müller also hätte über die Zutrittsfragen seiner demokratischen Geleite hinweg und würde nicht sein, sondern die Aufstellung der Preisprüfungsstelle, um einen tätigen Mahner und einseitigen Vertreter der Arbeiterinteressen, den Stadtorbunden Kärbs, loszuwerden. Statt daß Herr Müller jedoch den gestrigen Fraktionskollegen führte er einen Luftschiff. Die Aufhebung der Preisprüfungsstelle konnte nicht erfolgen.

Die kommunistischen Vertreter im Stadthaus haben vor Eintritt in die Tagesordnung folgende Anträge eingebracht:

Dringlichkeits-Antrag

Die Stadtorbundenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, entsprechend dem Antrag der Vollerammlung der hiesigen Betriebsräte

1. Sofort den Aufstundentag wieder einzuführen, sowie
2. die Ueberlieferung vom 25. März d. J. zurückzugeben und den Urlaub nach den Bestimmungen des Jahres 1924 weiter zu gewähren.

II.

In letzter Zeit hat bei Beerdigungen von Einwohnern, die des SPD angehörten oder nahestanden, Polizeiaufgehote auf den Gertraudenfriedhof beordert worden. Bei der Beerdigung der Familie Wettmann standen mit Sandgranaten bewaffnete Polizeimannschaften bis an das offene Grab.

Seit hat der Friedrichsinspektor bei Beerdigung des Kriegsbeschädigten Käbel das politische Ueberfallkommando bis an das offene Grab geschickt. Diese Anwesenheit von Bewaffneten, die vollkommen überflüssig ist, versteht auf diese Weise die Arbeiter und insbesondere die Angehörigen, die es eine Inerzität ist, weil sie nur bei der Beerdigung von Arbeitern angewendet wird.

Die Stadtorbundenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu beauftragen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Polizei bei den Beerdigungen der Stadt Halle bei Beerdigungen fernzuhalten.

Die Anträge wurden gestern nicht verhandelt. Denn die Ordnungsbloeder haben es nicht eilig, zu dem Tode der hiesigen Arbeiter Stellung zu nehmen.

Im ersten Punkt der Tagesordnung erfolgte die Wahl des Geschäftsbetriebs. Der Präsident des Straßpolizeiausschusses in Raum

burg Billig hat sieben Mitglieder, wie bisher, den hiesigen Stadtorbunden nur noch fünf Mitglieder zu. Von kommunistischer Seite wurden Genossin Feul und Genosse Kurt Weise in den Beirat entsandt. In die darauf gemählte Deputation des Jugendamtes wurde Genossin Hermann gewählt.

Am 19. Februar: hatte die Fraktion der SPD einen Dringlichkeitsantrag gestellt, durch Wiedereinführung der alten Legislationskommissionen, die zu häufigem Besuch aller hiesigen Gebäude mationierten, die Einigung dieser Rechte aufzuheben. Der Antrag, der sich am 16. April beschließt, so daß er geteilt im Plenum zur Verhandlung kam. Trotz des Protestes des Genossen Müller wurden die neuen Karren beibehalten, allerdings mit der Abänderung der Worte „nach vorheriger Anmeldeung“ in „nach Anmeldeung“.

Die Bestimmungen über Bewahrung von Zulässen zu den Sozialämtern an hiesigen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen sollen bei der Stadtorbundenversammlung behandelt werden.

Nach über das Erscheinen der Reinigung öffentlicher Wege von dem Stadtorbunden wurde nichts beschlossen. Man überwiegt es dem Grundbesitzersauschuss, der nun darüber entscheiden soll, ob die Hausbesitzer oder die Beauftragten der Stadt die ominösen Hundehaufen zu beseitigen hätten.

Wie bereits erwähnt, entspann sich um den Antrag des Herrn Müller, die Preisprüfungsstelle aufzulösen und den Wirtschaftsausschuss abzuheben, eine heilige Debatte. Müller kennzeichnete die Preisprüfungsstelle als „Aberleibsel des Arbeiters“, und bei Kennung dieses Wortes war er noch von innerem Schred geschnitten. Außerdem behauptete er, die Preisprüfungsstelle habe überhaupt noch nichts erreicht. Genosse Günther wies darauf hin, daß auch aus Kommunisten die Preisprüfungsstelle nicht zu sage, aber nicht, weil sie zu viel, sondern weil sie

viel zu wenig Beschlüsse

haben. Nur wolle man auch noch die letzten Ertragsleistungen abhaben und vor allem den Stadtorbunden Kärbs, der die Interessen der Arbeiterkraft in der Preisprüfungsstelle vertritt, aus dem Wirtschaftsausschuss. Bürgermeister Seydel mußte dem forsjen Herrn Müller einen Dämpfer aufsetzen und erklären, daß die Preisprüfungsstelle eine geheiligte Notwendigkeit sei, also nicht zu beseitigen ist. Man könnte höchstens die Mittel dazu im Etat verweigern. Im übrigen mußte jago Herr Seydel zugeben, daß die Preisprüfungsstelle schon sehr viel geleistet habe.

Trotz dieser Feststellung (oder vielmehr gerade deshalb) wird mit der Mehrheit des Ordnungsbloeds beschlossen:

Der Magistrat wird ersucht, den Wirtschaftsausschuss am 31. März d. J. aufzulösen. Mittel für Finanzierung dieses Ausschusses werden im Etat 1925 nicht mehr vorgesehen.

Die Wahl der Anwesenden und Deputierten ist in den Köpfen der Ordnungsbloeder, trotz ministerieller Entscheidung, noch nicht gefestigt. Das heißt, sie wollen es nicht bereuen, weil sie sonst ihre Hoheitsrechte hergeben müßten. Untere Genossen hatten Vorderung der Gesellschaftsordnung beantragt. Danach müßte es im § 4 heißen:

Alle Ausschüsse der St.-B. werden im Verhältnis zur Stärke der Fraktionen zusammengelegt.

Im Rechts- und Verfassungsausschuss war das angenommen worden; aber Herr Hoes fand einen Verstoß und wollte noch einen Satz freisetzen, der die ganze Abänderung der Gesellschaftsordnung unzulässig gemacht hätte. Genosse Müllersinn misst den Verstoß, was einseitig auf die ministerielle Verfügung hin, nach der Deputierte in im Verhältnis-Beschlüssen zu wählen sind. Das dies führte den Schmelzer nicht, und mit der Fähigkeit, die Demokraten immer eigen ist, wenn es gegen die Arbeiter geht — sonst fallen sie gerne um — beharrt er auf seinem Standpunkt, der er dann auch mit Hilfe seiner 27 Ordnungsbloeder, Hausbesitzer und Wirtschaften (welche hiesige Einheitsfront der Magistrats- und Hinderburger!) durchsetzte.

In die Stadtorbunden wurde nicht mehr eingetreten. Nachdem Genosse Müller mit ausführlicher Begründung eine Generaldebatte verlangte, die ebenfalls zu geben angelehnt wurde, wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

kapitalistische Staat, der wohl Millionen für Remy und andere luxuriöse Dinge übrig hat, der im Gegensatz hierzu aber die Sänglinge der unbemittelten Bevölkerung elend morden sehen läßt, kein Recht hat, wobei einer Schwereunang auszuweichen, noch über eine Mutter zu Gericht zu sitzen. Fort mit dem Schandarrangement! Fort mit diesen Ausbeuterkaat! Das ist die Parole der Frauen des wertvollen Volkes.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Unsere Mitgliedsversammlung findet in diesem Monat am Mittwoch, dem 22. April, abends 8 Uhr, in Giebners Restaurant (Rutze Gasse) statt. In dieser Versammlung wird der Bericht vom Bundesrat in Hamburg gegeben. Außerdem werden die neuen Rentenfälle in dieser Versammlung behandelt. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, reiflich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Am Donnerstag, dem 23. April, abends 8 Uhr, finden in allen Distrikten der Ortsgruppe Halle

Distriktsversammlungen

statt. Die letzten organisatorischen Vorbereitungen für Sonntag, dem 26. April, müssen besprochen werden. Deshalb muß auch das letzte Mitglied der Partei zu diesen wichtigen Versammlungen erscheinen.

Die einzelnen Tagungslokale sind in Versammlungs-Kalender ersichtlich. Ortsgruppe der SPD, Halle.

* Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, Bezirksverein Halle. Dienstag, dem 21. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Volkspart“. Bauhilfsarbeiterversammlung. Mittwoch, dem 22. April, abends 7 1/2 Uhr im „Volkspart“. Maurerversammlung. Alle Bauhilfsarbeiter haben am Dienstag und alle Maurer am Mittwoch bestimmt zur Versammlung zu erscheinen, da sehr wichtiges bezogen werden soll. Der Vorstand.

* Aktion, oppositionelle Fabrikarbeiter, Halle. Am Donnerstag, dem 23. April, abends 7 Uhr, findet in der Produktiv-Gesellschaft, Röhrenstraße 14, eine Fraktionslösung aller oppositionellen Fabrikarbeiter statt. Alle oppositionellen Fabrikarbeiter haben unbedingt zu erscheinen.

* Münzer-Schauspiel für Eisen. Die erste Probe zur Auführung am ersten Fringitag findet morgen, Mittwoch, abend in der Produktiv-Gesellschaft statt. Die Mitglieder der „Proletarischen Tribüne“, sowie alle sonstigen Mitwirkenden wollen sich möglichst einfinden. Es ist erwünscht, daß sich 15 bis 20 ältere Genossen aus Halle als Mitspieler zur Verfügung stellen, an'so, die reiten können.

Kommunistische Jugend, Turnhalle Halle

Heute, Dienstag, in der bekannten Turnhalle Turnen. Außerdem findet heute in der Produktiv-Gesellschaft um 7 1/2 Uhr eine wichtige Sitzung aller Fraktionsleiter statt. Alle Genossen, die Leiter einer Fraktion sind, müssen unbedingt erscheinen.

Donnerstag, dem 23. April, findet nun endgültig der vor längerer Zeit angekündigte Bildungsfesttag statt, und zwar in den Räumen der Jugendherberge, Köpferberg Weg.

Am Freitag, dem 24. April, abends 8 Uhr im „Volkspart“

Große Thälmann-Rundgebung

Referent: Genosse Wilhelm Roenen, Reichstagsabgeordneter.

Arbeiter, Genossinnen und Genossen, gestaltet diese Rundgebung zu einem Massenaufmarsch gegen die schwarzweibrote und schwarzrotgelbe Reaktion.

SPD, Ortsgruppe Halle.



ROTE HILFE

Sie leiden für Dich, sie sterben für Dich,
Ihre Frauen und Kinder darben für Dich,
Aus Kerker und Qual schreit das Gebot:
Klassengenosse, „Rote Hilfe“ tut not!

2. Jahrgang

Dienstag, den 21. April

Nr. 6

Eröffnung des „Arbeiterkinderheims Mopr“ in Elgersburg in Thüringen

Am Ostersonntag, dem 12. April, wurde in dem kleinen Städtchen Elgersburg in Thüringen das zweite deutsche Erholungsheim der „Roten Hilfe“ eröffnet. Die „Internationale Rote Hilfe“ beabsichtigt, aus den verschiedensten kapitalistischen Ländern die Kinder gefangener Revolutionäre für längere Zeit zur Erholung dort unterzubringen. Der erste Transport setzt sich aus deutschen Kindern zusammen.

Es sind Kinder, die zum Teil Vater und Mutter bei der blutigen Schieberei der hallischen Schupo in die große Arbeiterkundgebung verloren haben. Die Väter der meisten Kinder fielen wegen der Oktoberereignisse 1923 in den Kerker. Außerdem sind Kinder dabei, deren Väter nach dem mitteldeutschen Aufstand 1921 von den Sondergerichten ins Zuchthaus geschickt wurden.

Am Ostersonntag sollte nun das Heim feierlich eröffnet werden. Aber der Kreisdirektor von Arnstadt als Beauftragter der reaktionären Thüringer Regierung und aufgestachelt von der Bourgeoisie Elgersburgs, welche für ihren Kurbetrieb fürchtet, wollte von vornherein die Eröffnung des „Rote-Hilfe-Heims“ unmöglich machen.

Auf Grund einer Thüringer Wohnungsmangel-Notverordnung, die selbstverständlich seitens der Regierung keine Anwendung für die Bourgeoisie bisher gefunden hat, wurde von dem Kreisdirektor die vom kommunistischen Bürgermeister erteilte Zustimmung, in dem Grundstück der „Quieta“ ein Kinderheim zu errichten, im Dienstaufsichtswege aufgehoben. Zugleich wurde die Eröffnungsfeier ohne jeden Grund verboten!

Es gelang zwar durch Verhandlungen, die der Vertreter des Zentralkomitees mit der Thüringer Regierung ausgenommen hatte, die einseitige Inbetriebnahme des Heims durchzusetzen.

Aber trotzdem konnte die Eröffnungsfeier des Erholungsheims nur im kleinsten Kreise durchgeführt werden. Am Sonntagvormittag waren im Erholungsheim die Vertreter der „Roten Hilfe“ zur Eröffnungsfeier mit den Kindern versammelt. Der Vorsitzende des Zentralkomitees hielt eine Ansprache, in der er der Bedeutung der „Internationalen Roten Hilfe“ und das von ihr geschaffene Kinderheim schildert.

Als Ausdruck der internationalen Solidarität wurde das Erholungsheim „Arbeiterkinderheim Mopr“ getauft. Mopr ist die russische Bezeichnung für die „Internationale Rote Hilfe“. Ein siebenjähriger Junge aus Halle, dessen Vater bei der Schieberei der Schupo in die Arbeiterkundgebung schwer verwundet worden war, dankte darauf der „Internationalen Roten Hilfe“ für die praktische Solidarität, die sie den Proletariatskindern angedeihen läßt.

Trotz des Verbots der Eröffnungsfeier hatte es sich die Thüringer Arbeiterchaft nicht nehmen lassen, zur Eröffnung des Erholungsheims nach Elgersburg zu kommen. Aus den verschiedenen Ortschaften des Thüringer Waldes marschierten die Ortsgruppen der „Rote-Hilfe“-Organisationen, sowie Delegationen der „Roten Hilfe“ aus Halle, Berlin, Düsseldorf und den größeren Orten Thüringens, sowie der rote Jungsturm nach Elgersburg.

Am Nachmittag wurde bekannt, daß der Kreisdirektor das ungeheuerliche Verbot der Eröffnungsfeier aufgehoben hat.

Ueber 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen waren dem Aufse der „Roten Hilfe“ gefolgt und demonstrierten auf dem Marktplatz in Elgersburg.

Hier hielt der Vertreter des Exekutivkomitees der „Internationalen Roten Hilfe“ eine Ansprache. Er schilderte das Wüten des Weissen Terrors in Deutschland, Polen, in den Balkanländern, Italien und in den anderen kapitalistischen Staaten.

Die „Internationale Rote Hilfe“ ist das Hinterland der revolutionären Kampfbataillone. Sie führt den Kampf gegen die Klassenjustiz und für die Generalamnestie und pflegt in erster Linie die praktische Solidarität.

Die „Rote Hilfe“ ist schon in den verschiedensten Ländern zu einer Massenorganisation der Arbeiterchaft geworden. Vor allen Dingen das russische Proletariat und die Bauern sind hier mit leuchtendem Beispiel vorangegangen. Ihrer Solidarität sei aber auch vor allen Dingen die Errichtung des Kinderheims in Elgersburg zu verdanken. Die „Internationale Rote Hilfe“ übergibt das Kinderheim „Mopr“ in Elgersburg der Obhut des Thüringer Proletariats.

Die Thüringer und die deutsche Arbeiterchaft muß ihre schützende Hand über das Erholungsheim halten und so alle Angriffe der Reaktion durch Polizei und Justiz gegen die „Rote Hilfe“ zu schanden machen.

Nach dem Vertreter der Exekutive der „Internationalen Roten Hilfe“ sprach von den Zentrale der Kommunistischen Partei der Genosse Nied. Vom Beifall oft unterbrochen, charakterisiert er den heutzutageigen Feldzug der Thüringer Reaktion gegen die „Rote Hilfe“ und das neu errichtete Kinderheim „Mopr“. Er appelliert an die Thüringer Arbeiterchaft, mit aller Kraft gegen die wirtschaftliche Verelendung, die monarchistischen Restaurationsversuche und die erhöhte Kriegsgefahr gegen Sowjet-Rußland aufzunehmen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch schließt er seine Ausführungen, die ebenfalls mit einem Hinweis auf die internationale Solidarität der „Roten Hilfe“ endeten.

Nach der Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug. Unter Vorantritt einiger Musikkapellen des Roten Jungsturms und unter Mitführung sehr vieler roten Fahnen zogen weit über 3000 Proletarier — eine Demonstration, wie sie Elgersburg noch nie gesehen hat — nach dem Arbeiterkinderheim „Mopr“.

Hier würdigte nochmals ein Vertreter des Zentralkomitees der „Roten Hilfe“ das neugeschaffene Werk und forderte die Arbeiterchaft auf, den Gedanken der „Roten Hilfe“ weit hinein ins Land, in die Betriebe und Werkstätten, zu tragen.

Nochmals sprach der siebenjährige Junge aus Halle, dessen Vater von der Schupo schwer verwundet ist, zu den erwachenden Arbeitern. Dann wurde auf einstimmigem Beschluß der Demonstranten ein Begrüßungstelegramm an das Exekutivkomitee der „Mopr“ nach Moskau gesandt.

Anschließend an die Demonstration wurde das Erholungsheim von den Delegierten der verschiedenen Orte besichtigt.

Das neue „Rote-Hilfe“-Kinderheim „Mopr“ in Elgersburg ist ein leuchtender Ausdruck der praktischen Solidarität. Ueber dem Kinderheim leuchtet weit die rote Fahne mit den Initialen der „Roten Hilfe“ ins Land. Die Eröffnungsfeier des Kinderheims hat den Gedanken der „Roten Hilfe“ wiederum mächtig in den Herzen der Arbeiterchaft verwurzelt.

Die prächtige Kundgebung der „Roten Hilfe“ in Elgersburg ist eine Mahnung an alle Werktätigen in Stadt und Land, das Solidaritätswerk der „Roten Hilfe“ weiter auszubauen, praktische internationale Solidarität zu pflegen und vor allen Dingen den Kampf um die „Roten Hilfe“ in alle Hütten und Werkstätten zu tragen: Nieder mit der Klassenjustiz! Heraus mit den politischen Gefangenen! Unter dem Zeichen der „Internationalen Roten Hilfe“ her mit der Generalamnestie!

Duldet keine Zerspitterung der proletarischen Solidarität!

In Ammendorf ist eine kleine Gruppe Eigenbrötler dabei, Geld zu sammeln für das Wiederaufnahmeverfahren Meißner-Töpfer. Nach ihren eigenen Angaben braucht sie dazu 500 Mark für einen Anwalt. Im „Proletarischen Zeitgeist“, Nummer 2, wird mitgeteilt, daß bereits 137 Mark gesammelt sind. Gleichzeitig wird aber darauf hingewiesen, daß diese Sammlung notwendig geworden ist, weil die juristische Zentrale nicht genügend für die gefangenen Genossen Meißner-Töpfer tue.

Anlässlich einer Versammlung der Ammendorfer Vertrauensleute wurde schon von einem Vertreter der „Roten Hilfe“ darauf hingewiesen, daß mit derartigen Sonderaktionen den Opfern der Klassenjustiz nicht nur nicht gedient, sondern der gesamte Erfolg in Frage gestellt ist. Dazu kommt, daß die „Rote Hilfe“ gerade in diesem Falle alles getan und auch in Zukunft tun wird, um den gefangenen Genossen und ihren Angehörigen zu helfen. Die wertigste Bevölkerung von Ammendorf, die das gleiche tun will, tut deshalb auch am besten, wenn sie ihre Spenden nur der „Roten Hilfe“ und nicht irgend einer Bez.-Inf.-Stelle zur Verfügung stellt.

Unser Genosse Gustav Menzel, der als Landtagsabgeordneter in der Juristischen Zentrale mitarbeitet, und durch dessen Tätigkeit schon sehr vielen gefangenen Genossen Erleichterungen verschafft und zum Teil zur Freiheit verholfen ist, nimmt in einem Schreiben an das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“ ebenfalls Stellung zu der „Tätigkeit“ der Bez.-Inf.-Stelle und kommt zu denselben Schlüssen, wie wir. Wir wollen das Schreiben unseres Genossen Menzel nicht vorenthalten und bringen es deshalb zum Abdruck:

In Nr. 2 des „Proletarischen Zeitgeist“ befindet sich eine Abrechnung über den Prozeß Meißner-Töpfer und zeigt diese Eigenbröterei, wie man es nicht machen soll, wenn man den Opfern des Weißen Schreckens helfen will. Die „Rote Hilfe“ und die Juristische Zentrale haben bei Unterstützungs- und Rechtschuldfällen noch nie darnach gefragt, welcher Parteirichtung ein Mitglied, welches der Weißen Justiz zum Opfer fiel, angehört. So werden auch die Opfer der Plättner-Gruppe, zu welcher Meißner und Töpfer gehören, von der „Roten Hilfe“ unterstützt und die Juristische Zentrale ist ununterbrochen für deren Befreiung tätig. Meine langjährigen Erfahrungen haben mir bewiesen, daß, wenn von verschiedenen Stellen (wenn es auch alle gut mit den Opfern meinen) gearbeitet wird, nur Unheil für die Gefangenen entsteht, weil Berichte und Darstellungen gegeben werden, die die Opfer immer leiser in die Klauen der Weißen Justiz bringen.

Nun schreibt Robert Ziegler im „Proletarischen Zeitgeist“, von der Juristischen Zentralstelle sei nichts zu hören, und auf verschiedene Anfragen haben sie eine ausweichende Antwort bekommen. Wir erwidern hierauf, daß wir bei der Fülle der Arbeit in der Juristischen Zentrale nicht in der Lage sind, auf alle Anfragen eine lange Berichterstattung über einzelne Fälle zu geben. Im Prozeß Plättner und Genossen ist bis dato unermüdet gearbeitet worden. Von der Juristischen Zentrale ist die Verteidigung reiflos bezahlt. Professor L. Hamburg, hat ein Gutachten ausgearbeitet, ebenfalls auf Kosten der J. Z. Berlin. Im Preussischen Amnestie-Ausschuß, wo der Prozeß zur Debatte stand, waren die beiden Anwälte Hegewisch und Bränkel auf Kosten der Juristischen Zentrale zur Verteidigung erschienen. Der Ausschuß beschloß jedoch Vertagung, da die Sache noch nicht genügend geklärt war. Die politischen Verhältnisse im Jahre 1924 bis jetzt waren in Preußen und auch im Reich häufig so, daß eine verantwortliche Regierung nicht vorhanden war und deswegen auch die Amnestieangelegenheit ruhte. Zum 24. März d. J. erklärte sich Rechtsanwalt Hegewisch zur Verteidigung bereit. Meine Bitte an den Reichsmnestieausschuß, die Tagung zu diesem Termin festzusetzen, wurde wegen Krankheit des Vorsitzenden abgelehnt. Dies der Gang der Verhandlungen bis jetzt.

Was die „Bez.-Inf.-Stelle Mitteldeutschland, Ortsgruppe Ammendorf“, unterzeichnet Robert Ziegler, mit einem hallischen Anwalt in diesem Prozeß anfangen will, ist mir schleierhaft. Ein einzelner Beurteiler läßt sich nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht aus dem Prozeß herausgreifen, sondern der ganze Prozeß muß insgesamt vor den beiden Amnestieausschüssen Preußen und Reich aufgerollt werden. Und dieses kann nur durch Leute geschehen, welche die notwendigen Akten und Unterlagen beherrschen und besitzen, was jedoch bei einem Anwalt, welcher mit dem Fall gar nicht vertraut ist, von vornherein ausgeschlossen ist. Die Aktenbündel in diesem Prozeß sind so angehäuft, daß Rechtsanwalt Hegewisch einmal erklärte, daß es mehrere große Kisten voll seien.

Aus obigen Darstellungen wird wohl jeder Unbefangene ersehen, daß das gesammelte Geld der Genossen zur Befreiung der Opfer nicht seinen Zweck erfüllt. Was aber schließlich schlimmer ist, ist die Tatsache, daß den parteigenössischen Anwälten, welche bisher die Angelegenheit des Prozesses geführt haben, ihre Arbeit ungemein erswert werden muß, wenn von bürgerlichen Anwälten, welche unmöglich die Materie so beherrschen können, wie die oben angeführten, die Leiden der Inhaftierten verlängert werden.

Im übrigen muß die „Bez.-Inf.-Stelle Mitteldeutschland, Orts-

gruppe Ammendorf“ sich wohl wenig um das Wirken der „Roten Hilfe“ und der Juristischen Zentrale, speziell für Ammendorfer Genossen, kümmern, sonst müßte sie von den Erfolgen der Juristischen Zentrale, welche gerade viel Ammendorfer Genossen befreit, informiert sein. Auch dürfte es der Ortsgruppe nicht unbekannt sein, daß ich jeden Sonntag in Halle, Kleine Ulrichstraße 31, allen Angehörigen der politischen Inhaftierten mit Rat und Tat stets zur Seite stehe.“

Gustav Menzel.

Briefe an die „Rote Hilfe“

Werte Genossen von der „Roten Hilfe“!

Am Freitag, dem 13. März, wurde unter der hallischen Arbeiterschaft ein Blutbad angerichtet. Dabei gab es Tote und Verwundete. Unter den Verwundeten befindet sich auch mein Vater. Am 29. März wurde ich aus der Schule entlassen. Da mein Vater durch die Verwundung nicht arbeiten kann, und ich noch keinen Schulentlassungsantrag hatte, bekam ich diesen von Euch geschenkt. Außerdem einen Hut, Schlips und Kragen. Damit habt Ihr meiner Mutter die Sorge erspart, mir einen teuren Anzug zu Abzahlung zu kaufen.

Bis jetzt bin ich Funktionär des Jungspartakus-Bundes gewesen und jetzt, nach meiner Schulentlassung, bin ich der Kommunistischen Jugend beigetreten, um ein rechter Klassenkämpfer zu werden und mitzuhelfen an der Beseitigung des Klassenstaates, in dem mit zweierlei Maß gemessen und so viel unschuldiges Blut geflossen ist.

Mein Vater liegt jetzt noch an seiner Verwundung im Krankenhaus, da die Schlagader durchgerissen und er nur durch mehrmalige Operationen vor dem Verbluten gerettet werden konnte.

Euch gebe ich aber das Versprechen, daß ich in Zukunft recht fleißig tätig sein will für die „Rote Hilfe“, weil ich selbst erfahren habe, was die proletarische Solidarität wert ist.

Mit „Rote-Hilfe“-Gruß

Arno Lehmann.

Öffentliche Quittung des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe“ Halle-Merleburg

D.-R. Hohenmölsen Gef. 6. Werbabend d. R.H.	14,92 Mk.	St. 17 802, Merleburg	30,00 Mk.
D.-R. Zeit	5,07 "	Bergn. d. Arb.-Athletenklubs, Kaitmannsdorf	14,10 "
Gef. d. Berl. ds Turnvereins, Hasberg	3,40 "	Radf.-Berein Lauchstedt	5,40 "
Gef. d. Wend. Freyburg	2,50 "	Radf.-Berein Kößchen-Beuna	10,00 "
Gef. d. Bergmännigen des Arb.-Bez.-Bereins Freitroda	15,00 "	R.F.D., Kößchen-Beuna	20,00 "
H. Kellner, Frankfurt a. M.	5,00 "	B. ein. unabh. Eisenbahner	3,00 "
D.-R. Gerstebdt	15,30 "	Für eine Auskunst	2,00 "
D.-R. Annaburg	8,03 "	H. Konf.-Angeh. Ammendorf	10,00 "
Fußballklub „Vorwärts“, Annaburg	9,00 "	Gef. d. Regelfränkchen, Ammendorf	3,00 "
D.-R. Erdeborn	2,00 "	Arb.-Turnverein Dietlau	13,50 "
D.-R. Erdeborn, Kollektiv	8,00 "	Gef. d. Familienfeier, Helfta	2,80 "
Arb.-Radf.-Ber. Hohenleipisch	2,00 "	Bergn. d. Turno. Wittenberg	11,00 "
Arb.-Radf.-Berein „Solidarität“, Weiskirchen	15,20 "	Bergmännigen Allg. Sängersch., Wittenberg	14,00 "
Gef. d. Propaganda-Abend, Annaburg	9,00 "	Bergmännigen Allg. Sängersch., Wittenberg	10,85 "
D. 14. März, Dobien	5,50 "	Radf.-Berein Kößchen	7,00 "
Gef. Allg.-Berl. Torgau	1,50 "	Gesangverein Reinsdorf	8,50 "
Gef. Jr. Turnerschaft, Torgau	10,00 "	Freie Turnerschaft Reinsdorf	8,00 "
Michaellis, Eilenburg	35,70 "	Hochzeitsfeier Strampmann, Merleburg	7,84 "
St. 188, 189	35,50 "	Öffentl. Versamml. Heitstedt	17,51 "
Walter Koch, Zeit. St. 187	35,50 "	D.-R. Alsleben	0,40 "
Paul Hermann, Breitenberg	20,50 "	Gef. d. Bergn. der Formet	28,57 "
St. 129	20,50 "	Arb.-Sängersch. Quers, follett	5,00 "
Die Gantscher, Pleisa, St. 71	20,50 "	Grube Ludwig, Ramfisa	13,50 "
Paul Kronsopf, Gießen	190,10 "	Betriebsrat d. Köhlwitzer Papierfabrik	15,50 "
St. 190, 191	196,10 "	Wählerverfamml. Gröbers	3,50 "
Alb. Grohmann, Kößchen	85,00 "	Fußballkl. Postendorf, follett	6,00 "
St. 202	85,00 "	Samml. Fußballkl. Postendorf	5,00 "
H. Malchut, Jajna, St. 41	13,00 "	Untermiebersdt	4,15 "
C. Ehring, Stolberg, St. 277	5,70 "	Bergn. d. Vereins Harmonie, Belgern	5,53 "
Reich, Biberb, Eiersleben, St. 112	13,25 "	Prod., Zeitungsgeld Konto	16,90 "
Reich, Karide, Döbernitz, St. 185	37,75 "	Prod., Zeitungsgeld Konto	15,50 "
H. Pragna, Gobbula, St. 196	20,00 "	Prod., Zeitungsgeld Konto	5,80 "
Paul Müller, Kl.-Crosch, St. 178	50,80 "	Gröben, Bez.-Leitung	12,40 "
Willy Müller, Lettin, St. 246	28,50 "	Kößchen-Beuna	3,20 "
Elise Familie	10,00 "	Greppin, Png. Hildebrandt	16,75 "
W.B. Halle	1,07 "	Pröfen	3,20 "
Arb.-Gef.-Berein Ballhausen, Kollektiv	5,00 "	Öffentl. Berl., Merleburg	11,65 "
Arb. d. Aussch. Bauarbeiter, Bitterlich, Kollektiv	1,00 "	Großhörn	5,00 "
Extratour d. Arb.-Radf.-Berein „Ultrablitz“	4,50 "	Gesellschaft d. Bez.-Zeit.	185,00 "
Belegb.-Versammlung Grube v. d. Hebt	4,05 "	Gesellschaft d. Produktio	207,00 "
Turch d. Arbeit. d. Fa. Dider	20,50 "	D.-R. Halle	212,05 "
Sängermassenball, Mittelben	9,00 "	Hohenmölsen, auf St. 104	30,00 "
Bergn. d. Turnvereins „Brill auf“, Mittelben	4,15 "	Em. Prüfer, Pröfen	76,00 "
Mittelben	9,00 "	Öffentl. Berl. Wierstedt	3,00 "
Schaltabzug d. Produktio	187,50 "	Otto Keller, St. 79	17,60 "
Anna Meyer	10,00 "	Bern. Dietrich, Paph	53,00 "
Gef. d. Bergn. d. Arb.-Turnvereins Belleben	10,00 "	Infanterie Kößch	7,20 "
Georg Holzd, Burgsdorf	1,00 "	Wählerverfamml. Kößch	2,50 "
Kau. Bodensie	2,70 "	Carl Römer, Gübaba	17,50 "
Radf.-Berein „Trote Fahrt“, Weiskirchen	2,50 "	Ber. Meiner, Grafenbühlchen	53,60 "
		Kaufhof, Raumburg, follett	30,00 "
		Sammlg. d. im „Golgatha“ Nr. 5	6011,50 "
		Bereits quittiert sind	1,00 "
		Neu Sammen	1,00 "
			8 263,24 Mk.

Die Kassenführung unserer Orts- und Betriebskassierer

Richtlinien, die streng durchgeführt werden müssen.

Das Wichtigste für alle Unter- und Ortskassierer ist eine gewissenhafte Kassenführung. Der Kassierer ist die Seele unserer Organisation. Darum müssen hierzu die richtigsten und besten Genossen genommen werden.

a) Die Bücher:

Die Bücher müssen stets sauber und ordentlich geführt werden, sie müssen so einfach wie möglich angelegt sein, und es darf in ihnen auf keinen Fall radiert werden. Notwendige Änderungen müssen gestrichen werden. Nach Möglichkeit sind alle Eintragungen mit Tinte vorzunehmen, Auszeichnungen mit Blei- oder Kopierstift werden leicht und schnell unleserlich. Der Kassierer muß streng darauf sehen, daß er mit den Eintragungen niemals im Rückstand bleibt. Das ist der erste Schritt zu Unübersichtlichkeiten, die unangenehme Folgen für den Kassierer haben können!

b) Quittungen und Belege:

Über jede Einnahme und Ausgabe muß der Kassierer einen Beleg (Quittung oder Einzahlungsbescheinigung) vorlegen können! Ein Kassierer, der das nicht kann, handelt unverantwortlich, er kann nie beweisen, daß seine Kasse in Ordnung ist. Der Beleg muß den Datum und den Ort, an welchem bzw. wann er ausgestellt wurde, enthalten. Geldbeträge sind stets nicht nur in Zahlen, sondern auch in Buchstaben auszusprechen.

c) Abrechnungen:

Der Kassierer muß darauf bedacht sein, daß er festgesetzte Termine von Abrechnungen unbedingt einhält. Wenn er das nicht tut, schädigt er die Organisation und öffnet dem Schlenkerian Tor und Tür, der dann nur sehr schwer wieder hinauszujaugen ist. Der Kassierer muß darüber wachen, daß die Beiträge regelmäßig laufend eingezogen und abgerechnet werden.

d) Revision:

Jeder Kassierer muß darauf sehen, daß seine Kassentouren, seine Marken und Geldbestände mindestens monatlich einmal geprüft werden. Er muß sich die erfolgte Revision von den Revisoren bescheinigen lassen. Belege müssen gut aufgehoben werden.

e) Allgemeines:

Der Kassierer muß streng darauf achten, daß seine Gelder in der Ortsgruppe verwendet werden sondern alles restlos an die Bezirkskasse abgeliefert wird. Aufgabe des Kassierers ist es, immer auf neue Mittel und Wege zu sinnen, Geld für die MS zu beschaffen. Ein findiger Genosse wird allerlei Möglichkeiten ausfindig machen. (Sammlungen bei allen öffentlichen und geschlossenen Veranstaltungen, Verkauf von Marken, Literatur, Postkarten; Veranstaltung von Verlosungen, proletarischen Theaterabenden, von Gesangereine, Turnvereine usw. unentgeltlich mitwirken.)

Der Kassierer muß hauswirtschafterisch wirtschaften. Er soll lieber jeden Pfennig dreimal herumdrehen, und sich als Knauer verzeichnen lassen, ehe er 1 Mark unbedacht ausgibt. Er soll immer bedenken, wie schwer das Geld zusammenzubringen und daß er verantwortlich für das so schwer Zusammengebrachte ist.

Der Kassierer soll sich schwer davor hüten, Organisations- und Privatgelder untereinander zu bringen. Er verliert dadurch den Überblick über den baren Geldbestand seiner Kasse und erhält oft Fehlbeträge, die ihm die Lust an der Kassenführung vergällen.

Der Kassierer muß bei vorkommenden Unregelmäßigkeiten der Zellen- oder Unterkassierer sofort scharf durchgreifen und die Entfernung dieser Genossen von ihrem Posten veranlassen.

Nachdem wir so die wesentlichsten Regeln festgelegt und uns einig geprägt haben, wollen wir uns mit der praktischen Durchführung der Kassierung beschäftigen.

Welche Bücher muß der Kassierer führen?

Der Zellen- und Unterkassierer braucht nur ein Marken-Mo. Dazu nimmt er ein einfaches, liniertes Buch, am besten mit hartem Umschlag. Er teilt sich die Seiten in soviel Felder, wie jeweils Material zum Vertrieb kommt. Er darf nicht vergessen, am Anfang eine Rubrik für das Datum zu ziehen, damit immer ganz klar ersichtlich ist, wann er Marken erhalten und abgerechnet hat. Nun trägt er die einzelnen Buchungen, wie aus nachstehendem Beispiel ersichtlich ist, ein:

Betrieb: Ortsbezirk:
Unterkassierer:

Datum	Bemerkungen	Mittl. Karten	Marken an 10 Pf.	Marken an 50 Pf.	Postkarten an 1 Pf.	Pro-schäten an 2 Pf.	Pro-schäten an 5 Pf.	Sel-tungen an 1 Pf.	Sel-tungen an 2 Pf.
3. 3. 25	Erhalten	10	20	10	20	2	3	10	
28. 3. 25	Abgerechn.	6	12	4	16	2	1	8	
	Bestand	4	8	6	4	1	1	2	
6. 4. 25	Erhalten	5	10	5	20	2		19	
	Bestand	9	18	11	24	3	1	12	

Jede Seite des Markenkontos muß den angeführten Kopf tragen. Die leeren Spalten können zu vorkommenden Berechnungen von Sondermarken, Eintrittskarten usw. benutzt werden. Der Unter- oder Zellenkassierer muß dem Kassierer bei jedem Markenempfang und bei jeder Abrechnung sein Markenkonto und seinen Markenbestand vorlegen, damit dieser von der Richtigkeit der Führung des Kontos überzeugt ist.

Der Ortsgruppenkassierer muß ebenfalls ein Markenkonto führen; daneben natürlich das Kassienbuch. Da er an verschiedene Zellen- und Unterkassierer Marken ausgibt muß sein Markenkonto etwas anders aussehen. Vorbedingungen sind wiederum die Anzahl Spalten analog (gleichlaufend) der jeweils zum Vertrieb kommenden Markenkonten. Sein Markenkonto erstreckt sich am besten über zwei Seiten und sieht folgendermaßen aus:

Markenkonto der Ortsgruppe

Eingänge:

Datum	Vierfeldscheine	Bemerkungen	Währungs-scheine an 1 Pf.	Währungs-scheine an 2 Pf.	Währungs-scheine an 5 Pf.	Postkarten an 1 Pf.	Postkarten an 2 Pf.	Pro-schäten an 1 Pf.	Pro-schäten an 2 Pf.	Pro-schäten an 5 Pf.	Sel-tungen an 1 Pf.	Sel-tungen an 2 Pf.
28. 2. 25	276	vom Bez. K. erh.	50	200	50	100		10	40			
16. 3. 25	304	vom Bez. K. erh.	30	100		50				5	50	
28. 3. 25		v. U. Kassier. B. surd	5	20	5	5	5	2				5
30. 3. 25		Abrechnung Bestand:	85	320	55	105	55	12	40	5	105	

Ausgänge:

Datum	Vierfeldscheine	Bemerkungen	Währungs-scheine an 1 Pf.	Währungs-scheine an 2 Pf.	Währungs-scheine an 5 Pf.	Postkarten an 1 Pf.	Postkarten an 2 Pf.	Pro-schäten an 1 Pf.	Pro-schäten an 2 Pf.	Pro-schäten an 5 Pf.	Sel-tungen an 1 Pf.	Sel-tungen an 2 Pf.
2. 3. 25	1	An Unterkass. A	10	0	5	10	5	2	5	1	10	
2. 3. 25	2	An Unterkass. B	5	0	5	10	5	2	5		10	
2. 3. 25	3	An Betr.-Zelle Z	20	50	15	20	10	5	10	2	30	
15. 3. 25	4	An Betr.-Zelle F.	35	100	20	35	20	3	20	2	50	
25. 3. 25	5	An Unterkass. A	5	30	5	10	5				5	
		Ausgegeben:	75	20	50	85	45	12	40	5	105	
31. 3. 25		Bestand u. Abrechn.	10	100	5	20	10				5	10
			85	320	55	105	55	12	40	5	105	

Residiert und für richtig befunden: am 1925

Der Vorkassende: Die Revisoren:

Für die Markeneingänge vom Bezirkskomitee vom 28. Februar und 16. März müssen die Vierfeldscheine vorhanden sein, deren Nummern in der zweiten Spalte eintragen werden. Die Vierfeldscheine sind sehr gut aufzubewahren.

Der Eingang vom 28. März ist Material, was von einem Unterkassierer zurückgegeben ist, der seinen Posten niedergelegt hat. Dieses Material muß deshalb auch wieder unter den Eingängen gebucht werden.

Auch über jedes ausgegebene Material an die Unterkassierer muß sich der Ortskassierer einen Beleg geben lassen. Die Belege

sind laufend zu numerieren und müssen unter den Ausgängen auf der rechten Seite des Buches gebucht werden.

Wenn das Buch breit genug ist, kann auch eine Spalte frei gelassen werden, in der die Unterkassierer den Materialempfang bezeichnen können, so daß sich Extrabelege erübrigen. Außer dem Hauptmarkenkonto muß sich der Ortskassierer aber auch noch ein Nebenkonto beschaffen über den Materialzustand bei den einzelnen Unterkassierern. Das geschieht, indem für jeden Unterkassierer ein Konto angelegt wird. In dieses Konto werden die gelieferten und abgerechneten Materialbeträge eingetragen. Um dem Ortskassierer die Anlegung dieser Konten zu erleichtern, bringen wir dafür noch eine Mutertabelle:

Unterfasserer: Schulze, Verchenfeldstraße 14

Datum	Beleg-Nr.	Stückl. Karten	Karten zu 10 Pf.	Karten zu 50 Pf.	Postkarten zu 10 Pf.	Bro-schüren zu 30 Pf.	Bro-schüren zu 40 Pf.	Je-tungen zu 10 Pf.
2.3.25	Erhalten	50	120	—	15	—	5	10
28.3.25	..	10	80	—	—	—	10	5
	Summa:	60	200	—	15	—	15	15
3.4.25	Abg. 14/125	45	160	—	10	—	11	14
	Bestand:	15	40	—	5	—	4	1

Bei der Buchung vom 3. April 1925 heißt es in der Rubrik „Bemerkungen“: Abg. 14/125 das heißt, die vom Unterfasserer für verkauftes Material abgerechneten Gelder sind im Kassenbuch des Ortsfasserers zu finden, unter der Buchungsnummer 14/125. Das Kassenbuch des Ortsgruppenfasserers muß wie folgt aussehen:

Wenn der Ortsfasserer diese Konten für jeden Unterfasserer führt, dann ist er jederzeit in der Lage, nachzuweisen, welches Material sich im Besitz der einzelnen Unterfasserer befindet. Besondere Aufmerksamkeit muß auch auf das Kassenbuch verwendet werden. Die Einnahme und die Abführungen an das Bezirkskomitee müssen alle eingetragen werden.

Einnahmen im Monat März

Datum	Beleg-Nr.	Mh.	Pfg.
3.3.25	1	—	—
3.3.25	2	1	—
3.3.25	3	2	50
5.3.25	4	5	—
5.3.25	5	8	30
8.3.25	6	7	50
8.3.25	7	5	30
8.3.25	8	28	30
10.3.25	9	2	—
10.3.25	10	1	80
10.3.25	11	20	—
18.3.25	12	32	60
20.3.25	13	28	20
20.3.25	14	8	50
25.3.25	15	12	10
25.3.25	16	5	20
26.3.25	17	36	—
28.3.25	18	1	—
28.3.25	19	1	50
28.3.25	20	3	—
29.3.25	21	5	50
29.3.25	22	4	80
29.3.25	22	11	60
		276	90

Ausgaben im Monat März

Datum	Beleg-Nr.	Mh.	Pfg.
14.3.25	1	8	50
18.3.25	2	10	—
30.3.25	3	—	60
30.3.25	4	257	80
		276	50

*) Kassenbestand darf nie am Ende eines Monats vorhanden sein.

Dieser Monatsabschluss muß stets von dem Vorsitzenden, Kassierer und Revisoren geprüft und bestätigt werden.

Die Belege sind auch hier genau der Reihe nach geordnet in festen Umschlägen gut aufzubewahren. Die Ausgabebelege sind nach der Revision dem Bezirksvorstand mit einzuschicken. Ein Kassenbestand darf am Monatsende nicht mehr in der Ortsgruppe verbleiben. Die Gelder sind alle auf Postcheckkonto an den Bezirksvorstand abzuliefern. Bei Prüfung der Kassbücher muß der Kassierer gemeinsam mit dem Ortsvorstand das Abrechnungsformular für den Bezirksvorstand fertigstellen, von allen unterschreiben lassen und sofort abgeben.

Schwer ist diese Arbeit, wie jeder sehen wird, durchaus nicht. Sie setzt nur strenge Gewissenhaftigkeit des betreffenden Genossen und etwas Lust und Liebe für die so wichtige Arbeit an unseren gefangenen Klassengenossen voraus.

Unsere Orts- und Unterfasserer in den Betrieben und Wohnbezirken müssen ihre Buchführung schnellstens nach diesen Richtlinien einrichten. Der Bezirksvorstand wird daraufhin in aller Kürze eine Kontrolle durchführen.

Wenn diese Richtlinien allgemein durchgeführt sind, werden wir schnell den alten Kästernäulen unserer Arbeit den Rand stopfen, die da noch meinen, daß sie keine Kontrolle hätten, für was die Gelder verwendet würden. Aber was noch wichtiger ist, wir werden besser als bisher das finanzielle Ergebnis unserer Arbeit, die wir im Dienste des Klassenkampfes leisten, steigern.

Auf zur Arbeit!

Der Bezirksvorstand.

Rechenschaftsbericht

des Bezirkskomitees der „Roten Hilfe“ Halle-Merseburg, für den Monat März 1925

Die „Rote Hilfe“ hat mit dem 1. März die Unterstützungssätze erhöht. Es erhalten: Frauen 16 Mark, Kinder 8 Mark und die Gefangenen 6 Mark pro Monat.

Rechtschutz wurde im Berichtsmonat in drei Fällen mit Inanspruchnahme der Angeklagten erteilt. Aus den Kerker der Republik sind die Genossen Albert Reichmann, Eilenburg, Wilhelm Steude, Eilenburg, entlassen.

Am 18. März fand im „Volkspark“ der Ueberfall auf die Teilnehmer einer öffentlichen Versammlung statt. Neun Proletarier mußten dabei ihr Leben lassen und mehr denn 50 mußten sich in ärztliche Behandlung begeben, weil sie schwere Verwundungen und Verletzungen davongetragen haben. Zur Organisation der Unterstützung der Volkspartopfer bildete sich zunächst eine Kommission, die aber schon im Laufe des Monats März zu

der Entscheidung kam, ihre Tätigkeit als Sonderorganisation einzustellen und die Unterstützung der Betroffenen, deren Angehörigen und der Hinterbliebenen der Gefallenen, der „Roten Hilfe“ nahelegen, weil dadurch die Gewähr für eine längere laufende Unterstützung gegeben ist. Das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“ ist diesen Beschlüssen beigetreten und hat die Volkspartopfer mit dem 1. April in seine Unterstützungsliste aufgenommen. Wir erwarten, daß die Freunde der „Roten Hilfe“ ihre Sammelstätigkeit energisch fortsetzen, damit die „Rote Hilfe“ die gesteigerten Anforderungen auch in den nächsten Monaten betriebligen kann.

Die Einnahmen und Ausgaben des Bezirkskomitees ergeben sich aus nachfolgender Zusammenstellung:

Einnahmen:	Ausgaben:
Sammlungen auf Likör 30,00 Mk.	Familien- und Gefangenen-Unterstützung 2 476,00 Mk.
Sonstige Sammlungen 7 360,54 "	Rechtschutz 30,00 "
Marken 991,70 "	Bermaltungskosten 1 500,91 "
Wirtschestsarten 44,90 "	Literatur u. Zeitungen 16,90 "
Postkarten 29,20 "	Div. Konten 120,00 "
Brotschüren 76,40 "	Rotunterstützungen 1 129,20 "
Zeitungsn 57,70 "	
Kollektivbeiträge 55,00 "	
Abf. d. Zeitungsoverlage 36,70 "	
Gehaltsabzüge d. Angestellten 579,00 "	
Div. Konten 110,00 "	
Summa: 9 573,04 Mk.	Summa: 5 473,11 Mk.
Kassenbestand am 1. März: 2 901,86 "	Kassenbestand am 31. März: 7 001,79 "
Total: 12 474,90 Mk.	Total: 12 474,90 Mk.

Die unter Sonstiges angeführten Ausgaben beziehen sich auf die Beerdigung der Volkspartopfer. Die zur Auszahlung gelangte Unterstützung an die Volkspartopfer im Monat März tritt unter der Bezeichnung Rotunterstützung in Erscheinung.

Halle, den 20. April 1925.

Für die Richtigkeit:

Der Kassierer: gez. A. Dörbed. Die Revisoren: M. Pollnow.

„Rote Hilfe“
ist revolutionäre Pflicht
Denk an die eingekerkerten Klassengenossen!